

## Linux

# Schleichende Revolution in den Rechenzentren

**Während Bundesbehörden verstärkt auf den Einsatz der kostengünstigen Software setzen, halten sich die Kommunen zurück.**

Von Olaf Wittrock



Die frei verfügbare Software macht sich in der öffentlichen Verwaltung einen Namen – als echte Alternative zu Windows und anderen Produkten des weltweiten Marktführers Microsoft.

---

(SZ vom 16.1.2003) - Das statistische Landesamt schwört bereits seit dem Sommer auf die neue Software. Die Stadt Neuss betreibt seit Mitte November ihren neuen offiziellen Internet-Auftritt damit. Und das Düsseldorfer Oberlandesgericht hat so gerade sein Kostenwesen modernisiert. Drei unterschiedliche Behörden, drei verschiedene Anwendungen, drei Einsatzfelder für das Computer-Betriebssystem Linux: Die frei verfügbare Software macht sich in der öffentlichen Verwaltung einen Namen – als echte Alternative zu Windows und

anderen Produkten des weltweiten Marktführers Microsoft. Denn Linux-Software gilt als kostengünstiger und sicherer als die Konkurrenz, und sammelt zudem Sympathiepunkte durch die „offene Architektur“: Das Betriebssystem ist gratis zu haben, läuft auf beliebigen Computern und dank zugänglicher Quellcodes kann jeder die Software verändern und so an die eigenen Bedürfnisse anpassen.

**Großes Sparpotenzial**

Ein ideales Produkt in Zeiten knapper Haushaltskassen, findet Eckhardt Kopatz, der am Oberlandesgericht als Projektleiter den Umbau auf Linux organisierte. Die alte Technik, mit der die Düsseldorfer vor allem ihr Kassenwesen automatisiert hatten, stammte noch aus den 70er Jahren. Die Anwendungen wurden auf die neue Plattform übertragen. An 14 Standorten landesweit stehen jetzt Linux-Rechner: „Wir werden vor allem von deutlich niedrigeren Unterhaltskosten profitieren“, sagt Kopatz. Zudem läuft das Betriebssystem auf günstiger Hardware: „Angesichts des steigenden Drucks auf die öffentlichen Budgets hat Linux damit einen weiteren entscheidenden Vorteil gegenüber Produkten der Konkurrenz.“

Davon ist offenbar auch die Bundesregierung überzeugt. Sie empfiehlt den Einsatz alternativer Software grundsätzlich für alle Behörden – und machte selbst den Anfang: In der Bundestagsverwaltung und im Innenministerium läuft die Umstellung auf vollen Touren, das Finanzministerium ist ebenso dabei wie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und seit kurzem auch die Monopolkommission.

Um den Umstieg auch anderen zu erleichtern, verabschiedete der Innenminister zudem im Juni eine Kooperation zur „Förderung von offenen Computerbetriebssystemen und Software in der öffentlichen Verwaltung“. Ein Rahmenvertrag mit dem Hardware-Lieferanten IBM Deutschland und der Nürnberger Suse Linux AG, dem weltgrößten Entwickler der alternativen Software, soll bei Bund, Ländern und Kommunen die Anfangsinvestitionen dank besonders günstiger Einkaufsbedingungen begrenzen. Zudem dürfen interessierte Behörden ohne langwierige Ausschreibung direkt bei dem Konsortium einkaufen. In mehreren Bundesbehörden und auf Landesebene wurden seither einige Dutzend neue Verträge gemacht, auch Nordrhein-Westfalen ist mit mehreren kleineren Projekten dabei. Ein Studie der Techconsult GmbH vom Sommer geht davon aus, dass bundesweit 31 Prozent der Verwaltungen bis zum Jahr 2004 auf Linux umsteigen werden. Eine ähnlich Quote prognostizierte zuletzt die Europäische Kommission nach einer Umfrage.

„Das sind sicherlich äußerst optimistische Einschätzungen“, sagt Christian Egle, Sprecher des Linux-Entwicklers Suse. Vor allem bei den Städten und Gemeinden ist die mögliche Software-Revolution nämlich noch nicht angekommen: Abgesehen von kleinen Anfängen wie dem neuen Internet-Server in Neuss setzt in NRW noch keine einzige Kommune die günstige Technik ein. Selbst bundesweit ist seit dem Abschluss des Kooperationsvertrags erst eine einzige Stadt im Linux-Fieber: Der fränkische Ort Schwäbisch-Hall ersetzt seine komplette Informationstechnik mit allen Arbeitsplätzen durch Linux. In der 36.000 Einwohner-Stadt rechnet man nach Abschluss der Umrüstung im kommenden Jahr mit Kostenersparnissen in sechsstelliger Höhe.

„Schwäbisch-Hall ist bis jetzt der einzige wirkliche Vorreiter“, sagt Suse-Sprecher Egle. Trotz des Sparpotenzials vor allem in der Servertechnik sei ein möglicher Linux-Einsatz in allen anderen Städten noch „im Evaluationsstadium“. Egle rechnet aber fest damit, dass bald neue Projekte dazu kommen: Zum einen gebe es sicherlich einen Dominoeffekt, wenn der Umstieg bei den Pilotprojekten gut funktioniere. Zum anderen würden die Geldnöte in den Verwaltungen vermutlich weiter steigen. „Vielleicht“, sagt Egle, „ist der Leidensdruck einfach noch nicht groß genug.“